

P r o t o k o l l

über die Konferenzsitzung des Landtages vom 20.9.1938

Beginn vormittags $\frac{1}{2}$ 9 Uhr

Anwesend: Alle Abgeordneten mit Ausnahme des Abg. Ludw. Ospelt und
als Regierungsvertreter Reg. Chef-Stellvertreter Dr. Vogt
Schriftführer Gassner

~~MINUTEN~~ Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen
und genehmigt.

1. Einbürgerung der beiden Schwestern Ella und Paula Somary in Ruggell.

Der Landtag nimmt von den Gesuchsunterlagen Kenntnis und ist
der Ansicht, dass die beiden Schwestern nicht als eine Familienge-
meinschaft gelten können und die Einbürgerung eine zweifache
sei. In Anbetracht dieses Umstandes nimmt der Landtag eine Er-
höhung der Verwaltungs- und Beschlussgebühren ~~dm~~ in dem Sinn vor,
dass jede einzelne Person eine solche von Frs. 1000.- zu bezahlen
und überdies bei der Sparkasse ein Depot von Frs. 50,000 zu hinter-
legen hat. Die Einkaufstaxe von Frs. 25,000.- für die Gemeinde und
Frs. 12,500.- für das Land wird in Ansehung ihres Alters belassen.

Unter diesen Bedingungen stimmt der Landtag mehrheitlich der
Aufnahme der beiden Schwestern Somary zu und beauftragt die Re-
gierung, die Angelegenheit auf dieser Basis seiner Durchlaucht
zur Genehmigung zu unterbreiten.

2. Einbürgerung des Ernst Charles Pauer in Triesenberg.

Nach Kenntnisnahme der Unterlagen stimmt der Landtag unter den
im Gesuche enthaltenen Bedingungen und zwar Frs. 25,000.- Einbür-
gerungstaxe für die Gemeinde Triesenberg, Frs. 12,500.- für das Land,
eine jährliche Steuerleistung von Frs. 1000.-, ferner für die Aner-
kennung der Erhebung in den Adelsstand für das Land Frs. 20,000
und für die Gemeinde Triesenberg als besondere Stiftung für einen
Hochaltar für die neue Kirche Frs. 10,000.- mehrheitlich zu.

3. Aufnahme eines Darlehens für die Sparkasse.

Dr. Vogt klärt auf, dass bereits Vorverhandlungen im Gange seien. Die
Sparkasse brauche Geld, da viele Gelder zurückgezogen worden seien.

Es seien Verhandlungen mit den Schweizerischen Darlehensinstituten ~~MMMM~~ angebahnt worden, doch habe es sich als zweckmässiger erwiesen, direkt mit dem Finanzdepartement wegen Gewährung eines Darlehens vom Bund in Verbindung zu treten. Es würde sich um ein Darlehen in der Höhe von 2 Millionen handeln. Die Sache kommt vor den Bundesrat und die Regierung muss eine Vollmacht zur Führung der Verhandlungen und zur Aufnahme des Darlehens haben.

Der Landtag stimmt einstimmig der Erteilung der Vollmacht ^{an die Regierung/} zur Führung der Darlehensverhandlungen mit dem Vorbehalte zu, dass der Landtag nochmals vor Unterzeichnung des Darlehensvertrages über die Angelegenheit orientiert wird.

4. Teilnahme Liechtensteins an der Landesausstellung.

Dr. Vogt teilt mit, dass ~~MM~~ nunmehr über Intervention schweizerischer Stellen liechtensteinischen Firmen die Teilnahme an der Landesausstellung ermöglicht werde. Wenigstens werden die Verhandlungen aller Voraussicht nach zu einem positiven Ergebnis führen. Es sei auch beantragt worden, einen Liechtensteiner Tag anlässlich der Landesausstellung in Zürich abzuhalten, was unsererseits begrüßenswert sei.

5. Orientierung über den Stand der Maul- & Klauenseuche im Ausland.

Dr. Vogt erstattet einen eingehenden Bericht über die getroffenen Massnahmen zur Abwehr derselben, ~~MM~~ über den Stand der Seuche in Vorarlberg und die Verhandlungen des noch auf Vorarlbergischen Alpen stehenden liechtensteinischen Viehes.

Ferdi Risch hält es für zweckmässig, wenn die Regierung die Bevölkerung ersuchen würde, nicht soviel ins Vorarlberg zu reisen, da nachgewiesen sei, dass durch Leute die Seuche in Vorarlberg und anderswo verschleppt worden sei.

6. Vorbesprechung des Arbeitsprogrammes für den Herbst und Vorwinter.

Präs. Frommelt referiert über die heurigen Arbeiten und die in Aussicht genommenen Arbeiten, wie in Triesenberg der Tunnelbau oder andere Strassenbauten und ~~MM~~ die Verbaunung der Esche und des Scheidgrabens.

Ferdi Risch drängt auf den Bau des Scheidgrabens und begründet diese Stellungnahme denn auch einlässlich. Es sei Sache der Regierung, hier vorwärts zu machen. Durch die Weiterführung des Kanals aufwärts sei Schaan nicht geholfen.

Präsident verweist auf die bisher in dieser Angelegenheit gescheiterten Verhandlungen zwischen den Gemeinden. Ein Zwang könne auf die unterländischen Gemeinden wegen der Führung desselben nicht ausgeübt werden. Das Wichtigste wäre, wenn eine Einigung zwischen den Gemeinden zustandekäme, dann könnten die technischen Unterlagen in Bälde bereinigt werden.

Marker spricht der Forcierung der ^{Regulierung der Esche/} ~~Kamm~~ / das Wort, sonst hätten sie vom Kanal nichts.

Batliner unterstützt Marxer.

Dr. Schädler glaubt, dass Fachleute die Fragen der Reihenfolge der Arbeiten abklären sollten.

Präsident vertritt die Auffassung, dass auch die Wirtschaftlichkeit ins Auge gefasst werden müsse. Zuerst müsse aber die Linienführung festgelegt werden, worüber sich die Gemeinden einigen sollten.

Beck Joh. regt die Inangriffnahme des Tunnels an. Man könnte 3-4 Jahre daran bauen. Er verweist auf die herannahende Arbeitslosigkeit am Berg.

Beck Wend. unterstützt den Vorredner und bemerkt, dass ~~MM~~ einmal eine Anleihe hiezu aufgenommen worden sei. Einmal sei der Bau des Tunnels auf der Tagesordnung gestanden, dann aber infolge des Umsturzes in Oesterreich fallen gelassen worden. Heute aber seien die Verhältnisse wieder stabiler. Man sollte den Bau nicht von einem Jahr auf das andere schieben. Jetzt wäre die günstigste Zeit zum Bau der Zuführungsstrasse auf Gnalp.

Ferdi Risch glaubt, man sollte wissen, wie die Staatsfinanzen stehen. Auch sollte die Frage der Ausbeutung des Saminabaches zuerst abgeklärt werden. Wenn das möglich wäre, wäre auch im Land ~~MM~~ die Stimmung gegen das Tunnel nicht so gross. Vielfach sei im Land auch die Meinung vorhanden, dass zuerst angesichts der Kriegsgefahr in Europa für die Selbstversorgung mehr getan werden sollte.

Büchel Peter glaubt, dass zuerst der Landtag über die Landesmittel aufgeklärt werden sollte, bevor zu solch grossen Projekten Stellung bezogen werden könne.

Dr. Vogt bezeichnet die Lösung der Nahrungsfrage als das dringendste Problem.

Es wird sodann in nächster Zeit eine Sitzung in Aussicht genommen und bis dahin soll die Regierung über den Stand der Landesfinanzen die nötigen Erhebungen machen und sodann dem Landtage Bericht erstatten, worauf an die Festlegung des Arbeitsprogrammes geschritten werden könne.

Schluss der Sitzung um 12 Uhr.